

Regimewechsel in Kirgistan und Umsturzängste im GUS-Raum

Uwe Halbach / Franz Eder

Die Entwicklung in Kirgistan unterscheidet sich deutlich von den Regimewechseln in Georgien und der Ukraine. Gleichwohl wirft der Sturz des Akajew-Regimes erneut die Frage auf, wie »ansteckend« Machtwechsel im GUS-Raum sind. In dieser Region hat sich ein Spektrum politischer Herrschaft etabliert, das von »gelenkten Demokratien« über autoritäre Präsidialherrschaften bis zu neo-totalitären Systemen reicht. Souveränität geht vorwiegend in der Person des Präsidenten auf, nicht im Willen des »Wahlervolks«. Da der Auslöser für die friedlichen Regimewechsel in Georgien und in der Ukraine gefälschte Wahlen waren, gerieten bei der Suche nach dem nächsten Kandidaten für einen »demokratischen Umsturz« Länder ins Visier, in denen Wahlen bevorstehen und Zivilgesellschaft und politische Öffentlichkeit wenigstens ansatzweise existieren. Die Botschaft aus Tiflis und Kiew lautete: Wahlfälschung innerhalb eines noch halbwegs pluralistischen Systems wird für amtierende Machthaber gefährlich. Präsident Akajew reagierte auf diese Botschaft lange vor den jüngsten Parlamentswahlen in seinem Land höchst verunsichert.

Erste Analysen nach der »Rosenrevolution« in Georgien waren skeptisch, was deren Präzedenzwirkung betrifft. Auch die Ukraine wurde damals nicht als Nachfolgekandidat gehandelt. Die Entwicklung dort zeigte dann aber, daß Georgien keine Ausnahme blieb. Der neue ukrainische Präsident und sein georgischer Amtskollege gaben beim gemeinsamen Urlaub in den Karpaten eine Erklärung über »eine neue Welle der Befreiung« ab. In dieser Euphorie wurde allerdings übersehen, daß die strukturellen Voraussetzungen für einen friedlichen Regimewechsel in den Staaten der GUS unter-

schiedlich sind, was die Geschlossenheit der amtierenden Machteliten, den Organisationsgrad und die politische Reife der oppositionellen Kräfte, die Vitalität der Zivilgesellschaft und die Mobilisierbarkeit der Bevölkerung betrifft. Und daß solche Unterschiede ins Gewicht fallen, haben nicht nur die Parlamentswahlen gezeigt, die im Frühjahr 2005 in drei Staaten – Tadschikistan, Kirgistan, Moldova – stattfanden, sondern auch der von den Ereignissen in Kiew fünf Monate zuvor abweichende Verlauf der Unruhen in Kirgistan.

Tadschikistan schied dabei am deutlich-

sten als Kandidat für einen Regimewechsel aus. Im Vorfeld der Parlamentswahlen waren hier kaum politische Aktivitäten in der Bevölkerung zu verzeichnen. Präsident Emomali Rachmonow hält die Zügel fest in der Hand, während es der Opposition sowohl an einer Führungspersönlichkeit als auch an Einigkeit fehlt. Zudem verbinden die Tadschiken mit Begriffen wie »Machtwechsel« die abschreckenden Erfahrungen des Bürgerkriegs von 1992 bis 1997. Das Regime nutzte diese Assoziation und den hohen Grad von Entpolitisierung der Gesellschaft gezielt aus. Es verwundert daher nicht, daß die Partei des Präsidenten (Demokratische Volkspartei Tadschikistans) mit über 80% der Stimmen eine überwältigende Mehrheit im Parlament errang – wie hoch das Maß von Wahlmanipulation hier anzusetzen ist, sei dahingestellt. Die Konsolidierung des Regimes paßte in das Bild der Entwicklung nach der »nationalen Versöhnung« in dem ehemaligen Bürgerkriegsland: Anfangs noch ein Modell für politischen Pluralismus, in dem sogar eine islamische Partei an der Macht partizipieren konnte, entwickelte sich das politische System Tadschikistans nach und nach zur regionstypischen Präsidialautokratie.

Die meiste Aufmerksamkeit erlangten schon lange im voraus die Parlamentswahlen in Kirgistan am 27. Februar und 13. März. Die Ausgangslage war hier der in Georgien und der Ukraine nicht unähnlich: ein Präsident kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, Unzufriedenheit unter den Eliten und in der Bevölkerung mit dem »Regime Akajew«, ein etwas liberaleres politisches Klima als in den Nachbarstaaten, Versuche der Opposition, sich zu verbünden, sowie eine relativ rührige Zivilgesellschaft.

Die Erosion des Akajew-Regimes

Kirgistan hatte sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als ein Modell »demokratischer Entwicklung« in Zentralasien präsentiert. Es setzte sich damit von Nachbarstaaten wie Usbekistan ab und schlug auch Kapital aus dieser Selbstdarstellung: In

Zentralasien wurde es zum höchsten Pro-Kopf-Empfänger westlicher Finanzhilfen. Dabei türmte sich eine gewaltige Auslandsverschuldung auf. Vorübergehend gab es tatsächlich so etwas wie einen »parlamentarischen Frühling« in dem kleinsten Staat Zentralasiens. Der seit 1990 amtierende Präsident Akajew paßte seinen Machtapparat aber spätestens seit 1995 durch Referenden und Verfassungsänderungen dem Modell der Präsidialautokratie an. Das letzte dieser Referenden im Jahre 2003 bestätigte ihn in seinem Amt bis 2005. Zuvor war seine Position durch einen blutigen Zusammenstoß zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten in der Region Aksy im Süden des Landes geschwächt worden.

Seither waren die Erosion des Regimes und die Unzufriedenheit mit dem »System Akajew« unübersehbar. Die Ineffektivität staatlicher Institutionen und die zunehmende Lethargie des Regimes, seine Unfähigkeit, auf Krisen zu reagieren, höhlichten die Autorität des Präsidenten immer weiter aus. Hier liegen deutliche Parallelen zur Endphase der Ära Schewardnadse in Georgien. Die systemimmanent gewordene Korruption erregte Kritik auch innerhalb der Machtelite. Politische Posten wurden mehr und mehr aufgrund finanzieller Zuwendungen vergeben als nach dem Kriterium der Kompetenz. Diese Art der Rekrutierung führte zu einem hohen Maß an »bad governance« – und das angesichts gravierender Probleme (hohe Auslandsverschuldung, Verarmung, Arbeitslosigkeit, Drogenhandel). Der Präsident tauschte wiederholt das Regierungspersonal aus. Die aus der Exekutive Ausgestoßenen fanden sich zumeist in der Opposition wieder. Die derzeitigen Oppositionsführer – Kurmanbek Bakijew, Felix Kulow und Rosa Otunbajewa – bekleideten in der Vergangenheit hohe Posten in der Regierung und im diplomatischen Dienst. Entscheidend verschärft wurde der Verdruß in weiten Teilen der Bevölkerung und in der Geschäftswelt durch die Vernetzung politischer und wirtschaftlicher Macht innerhalb der »Familie«. Diese Kerngruppe des Regimes, zu der neben den Familien-

mitgliedern enge Freunde und Mitarbeiter des Präsidenten gehörten, kontrollierte die profitabelsten Wirtschaftszweige und zunehmend auch die wichtigsten Medien. Diese Verzahnung von Macht und Besitz ist es, die einen Regimewechsel aufgrund von Wahlen in allen postsowjetischen Staaten so erschwert und so brisant macht. Die Machtelite muß fürchten, mit dem Amt nicht nur ihren politischen Einfluß, sondern auch ihre wirtschaftlichen Privilegien zu verlieren.

Schon bei der letzten Präsidentschaftswahl 2000, zu der Akajew nur aufgrund eines Urteils des obersten Gerichtshofs noch einmal antreten konnte, wurde diese Frage virulent. Damals schaltete die Machtpartei ihren ernsthaftesten Konkurrenten gezielt aus: Felix Kulow, der gegen Ende der neunziger Jahre den Präsidenten an Popularität zu überholen drohte, wurde die Kandidatur durch eine Formalität verweigert. Nach den Wahlen wurde er des Amtsmissbrauchs angeklagt, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und so aus dem Verkehr gezogen.

Die Opposition zeigte – wie die Opposition in den meisten postsowjetischen Staaten – erhebliche Schwächen. Sie war fragmentiert, schlecht organisiert, ihre Parteienformation änderte sich vor jeder Wahl und sie orientierte sich eher an Personen als an politischen Programmen.

Das angeschlagene Regime stellte diese Opposition in plattester Weise als einen Unruhestifter dar, der nur Destabilisierung im Sinne habe. Eine vom Westen geförderte »samtene Revolution« werde, so das Argument, in dieser Region nicht in einem friedlichen Machtwechsel, sondern in einem Bürgerkrieg enden. Um seine Position zu stärken, bemühte Akajew auch die geopolitische Rolle Kirgistans in Zentralasien. Kurz vor dem ersten Wahlgang ließ er verlauten, daß den USA die Stationierung von AWACS Aufklärungsflugzeugen auf ihrem Stützpunkt Ganci (Flughafen Manas) bei Bischkek verweigert werde, während man dem russischen Kontingent auf dem Luftwaffenstützpunkt Kant eine Aufstockung erlaube.

Washington wunderte sich über diese Ankündigung, weil es angeblich um die Stationierung von AWACS gar nicht nachgesucht hatte. Die Botschaft Akajews war denn auch an Moskau gerichtet: Kirgistan, das sowohl russische als auch westliche Militärstützpunkte beherbergt, sieht in Rußland den verlässlicheren Partner, weil es eben keinen »demokratischen Umsturz« in der GUS fördert.

Der Umsturz

Angesichts der oben genannten Schwächen der Opposition und der anfänglichen Konzentration ihrer Protestaktionen auf die Südpervenzen Osch und Jalalabad überraschte es zunächst, daß sich die Anti-Regime-Bewegung zu landesweiten Demonstrationen ausdehnte. Am 24. März brach das Regime in kürzester Zeit in sich zusammen. Es leistete kaum Gegenwehr. Seine Hilflosigkeit erstaunte selbst seine Kritiker. Wenn das Ziel der oppositionellen Kräfte allerdings eine an die Vorbilder von Kiew und Tiflis angelehnte »samtene Revolution« gewesen sein sollte, so wurde es in Bischkek in den Tagen des Umsturzes klar verfehlt. Von einer »Tulpenrevolution«, bei der nicht eine einzige Fensterscheibe zu Bruch geht und die demonstrierenden Massen sich gewaltlos und diszipliniert verhalten, konnte nicht die Rede sein. Plünderungen und Straßenschlachten bestimmten das Bild. Erstaunlich rasch gelang es jedoch der Oppositionsführung, vor allem dem als »Sicherheitskoordinator« fungierenden Felix Kulow, für ein Mindestmaß an Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt zu sorgen. Ende März schienen die größten Gefahren für den guten Ausgang des Umsturzes – der Aufstand im Süden, die Ausschreitungen des Mobs in Bischkek und die Doppelherrschaft zwischen altem und neuem Parlament – zunächst gebannt.

Die Lage bleibt aber gespannt. Die OSZE äußerte sich bereits mit großer Besorgnis und appellierte an die Verantwortung interner und externer Akteure für den Frieden in Kirgistan. Inwiefern die neue Füh-

rung Machtkämpfe in ihren eigenen Reihen vermeiden kann, muß sich in den nächsten Wochen bis zu der neu angesetzten Präsidentschaftswahl im Juni zeigen. Angesichts der Aufgewühltheit der politischen und sozialen Kräfte im Land ist dies eine sehr knappe Frist für die Organisation störungsfreier Wahlen.

Der Rücktritt Kulows von seiner Funktion als Leiter der noch weitgehend von Akajew-Leuten besetzten Sicherheitsapparate warf Spekulationen über interne Machtkämpfe und über die Ambitionen des am 24. März aus dem Gefängnis befreiten Oppositionsführers auf. Überläßt er wirklich dem Interimspräsidenten Kurmanbek Bakijew den Vortritt bei der politischen Führung des »postrevolutionären« Kirgistan? Oder dient sein Austritt aus der Interimsregierung möglicherweise einer besseren Positionierung im Kampf um die Wahl zum neuen Präsidenten?

In einem Land, in dem die Politik stark von regionalen Loyalitäten und Clanstrukturen geprägt wird, kommt zudem der Herkunft der politischen Akteure große Bedeutung zu. Werden die aus dem Süden stammenden Führer der Interimsregierung wie Bakijew und Otunbajewa eine der wichtigsten politischen Aufgaben in Kirgistan meistern, nämlich den Süden mit dem Norden zu versöhnen? Bakijews Gefolgschaft beschränkte sich anfangs auf seine Heimatregion Jalalabad, wo nach den Wahlen die heftigsten Demonstrationen stattfanden. Als ehemaliger Premierminister, Gouverneur der zentralen Tschu-Provinz und Abgeordneter im nationalen Parlament hat er sich allerdings genügend Einfluß und Respekt auch auf nationaler politischer Ebene verschafft. Das gilt ebenso für Felix Kulow. Der Vertreter der politischen Elite aus dem Norden, der sich lange Zeit im Zentrum der Macht bewegte, hat danach als der bekannteste Gegner und Gefangene des Ancien régime landesweite Prominenz erworben. Es bleibt abzuwarten, ob Politiker mit starker lokaler Gefolgschaft wie Asimbek Beknasarow, dessen Verhaftung im Jahr 2002 die Unruhen in der Region von Aksy

ausgelöst hatte, in den Machtkampf nach Akajew eingreifen.

Eine dringliche Aufgabe für die neue Führung besteht darin, Ängste der russisch- und usbekischsprachigen Bevölkerungsteile Kirgistans vor ethno-nationalistischen Tendenzen innerhalb der nun regierenden Kräfte zu zerstreuen. Die Unruhen im Süden riefen Erinnerungen an die interethnische Gewalt zwischen Kirgisen und Usbeken wach, die 1990 in diesem Landesteil Hunderte Todesopfer gefordert hatte. Schon wurde ein Gegensatz zwischen kirgisischen Regimegegnern und usbekischen Anhängern des alten Regimes konstruiert. Tatsächlich haben dort aber auch Usbeken an dem Aufstand gegen Akajew teilgenommen.

Die zentrale Herausforderung der neuen Führung liegt im Bereich der Wirtschaft. Kirgistan weist nach Tadschikistan die erbärmlichsten sozialökonomischen Daten in der Region auf. Die politische Unruhe nach den Wahlen, in der sich auch Züge von Armutsvolten zeigten, hat der Wirtschaft weiteren Schaden zugefügt. Bakijew gilt als wirtschaftlich kompetent. Vor der neuen Führung steht ähnlich wie in Georgien und der Ukraine die schwierige Aufgabe, sich so weit wie möglich von der Korruption und Kleptokratie des alten Regimes abzusetzen. Dementsprechend hat Bakijew Korruptionsbekämpfung zu seiner Hauptaufgabe erklärt.

Der regionale Kontext

Einige der ungelösten Herausforderungen, denen eine neue politische Führung in Bischkek gegenübersteht, strahlen in die zentralasiatische Region aus. Das gilt für eines der evidentesten strukturellen Probleme des Landes – seine geographisch, ethno-demographisch, kulturell, wirtschaftlich und politisch markierte Teilung in vier Nord- und drei Südprovinzen. Sie manifestierte sich in der Bündelung des oppositionellen Aktivismus in den südlichen Provinzzentren Jalalabad und Osch. Die Integration des Südens in die Staats- und

Nationsbildung Kirgistans ist die bislang unerledigte Aufgabe jeder politischen Führung in Bischkek. Dieser Landesteil mit seinem Potential für interethnische Konflikte (ein Drittel der Bevölkerung sind hier Usbeken), seinem ausgeprägten Gefühl politischer Benachteiligung gegenüber dem Norden und seiner wirtschaftlichen Unterentwicklung liegt in der kritischsten Subregion Zentralasiens – im Ferganatal, wo sich die Grenzen von drei Staaten ineinander verschlingen. Hier liegt auch das Zentrum islamistischer Oppositionsbildung in der Region, für die vor allem eine Gruppierung steht – Hizb ut Tahrir (Partei der islamischen Befreiung). Diese kalifatsorientierte Bewegung, die gegen die gesamte politische Ordnung im postsowjetischen Zentralasien kämpft, hat in Kirgistan angeblich 3000 Anhänger. Sie hatte zum Boykott der Parlamentswahlen aufgerufen.

Doch in den Präsidentenpalästen Zentralasiens macht man sich noch andere Sorgen: Sollte der Machtwechsel in Bischkek halbwegs friedlich verlaufen, bleibt er für die präsidentialen Kollegen des gestürzten Akajew erst recht ein Problem. An einer erfolgreichen »Tulpenrevolution« in ihrer Nachbarschaft kann ihnen nicht gelegen sein.

In Zentralasien, wo 2004 und 2005 eine Serie von Wahlen bevorstand, hatten die Machteliten am heftigsten auf die Impulse reagiert, die von der »Rosenrevolution« in Georgien ausgegangen waren. Hatten sich die Autokraten hier spätestens seit 1999 auf islamistische Anti-Regime-Kräfte als ihren politischen Hauptgegner fixiert, trat seit November 2003 der »Export von Rosenrevolutionen« als eine politische Gefahrenquelle hinzu. Dabei übernahm man die Argumentationsmuster, die auch in Rußland gepflegt wurden: Ein Regimewechsel wie der in Georgien wurde als Hebel geopolitischer Machtausdehnung des Westens in den postsowjetischen Raum dargestellt. Usbekistan, das neben Turkmenistan *das* Modell für eine repressive Präsidentialautokratie in der Region verkörpert, setzte auch das früheste Beispiel für vorbeugende Maßnahmen

gegen die vermeintlichen Triebkräfte von »Rosenrevolutionen«. Die Behörden führten scharfe Restriktionen gegen internationale Nichtregierungsorganisationen ein. Im April 2004 mußte das von der Soros-Stiftung finanzierte Open Society Institute (OSI) in Taschkent schließen. Im Januar 2005 warnte Präsident Karimow in einer Rede vor dem Parlament vor dem destruktiven Einfluß ausländischer Ideologien und vor Nichtregierungsorganisationen, die als Instrumente fremder Mächte dienten.

In Kasachstan forderten Parlamentsabgeordnete im November 2003 ein neues Wahlgesetz, wobei sie auf die Gefahren verwiesen, die aus Wahlfälschungen resultieren würden und in Georgien zum Umsturz geführt hätten. Im September 2004 unterlagen dann die Parlamentswahlen eben diesem Fälschungsverdacht. Während westliche Beobachter die Wahl eingriffe noch relativ zurückhaltend bewerteten, wurden sie aus der Mitte der kasachischen politischen Elite heraus scharf verurteilt. Der amtierende Parlamentsvorsitzende Tujakbai sprach von einer massiven Verletzung der Wählerrechte, eine Erklärung, der vor allem deshalb großes Gewicht zukam, weil sich hier der Ko-Vorsitzende der aus den Wahlen als Sieger hervorgegangenen Regierungspartei äußerte und damit zur Opposition übertrat. Vertreter einer der führenden Oppositionsparteien des Landes, der »Demokratischen Wahl Kasachstans«, traten während des ukrainischen Wahlkampfes an der Seite der Juschtschenko-Anhänger auf. Nach ihrer Rückkehr nach Kasachstan rief die Partei unter dem Eindruck der »orangenen Revolution« am 11. Dezember 2004 »alle gesunden Kräfte in der Gesellschaft« dazu auf, »entschiedene Aktionen, einschließlich Aktionen des zivilen Ungehorsams« gegen die »illegitime« Regierung zu unternehmen. Ein Gerichtsurteil verfügte daraufhin die Auflösung der Partei. Auch in Kasachstan gingen die Behörden gegen internationale NGOs vor – insbesondere gegen OSI. Als Kandidat für einen Regimewechsel gilt das Land allerdings nicht: Trotz der wachsen-

den Kritik innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Eliten scheint die Kontrolle des politischen Lebens durch den Machtapparat Nasarbajews bislang noch weitgehend gesichert. Auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung reicht an georgische und kirgisische Verhältnisse vor dem Machtwechsel nicht heran, immerhin ist das ressourcenreiche Kasachstan der wirtschaftlich erfolgreichste Staat in der Region. Gleichwohl werfen die für 2006, möglicherweise schon für Dezember 2005 anstehenden Präsidentschaftswahlen die Frage der Nachfolge Nasarbajews verstärkt auf.

Rhetorisch hatte der kirgisische Präsident am heftigsten reagiert. In einem Artikel in der russischen Zeitung *Rossijskaja gazeta* verglich Akajew im Juni 2004 auswärtige Demokratisierungspolitik mit »bolschewistischem Revolutionsexport«. Im September warnte er in einer Rede in Moskau, die weitere Ausbreitung von »Rosenrevolutionstechnik« ziele darauf ab, die GUS zu schwächen. Je näher der Wahltermin in seinem eigenen Land heranrückte, um so radikaler und einseitiger stellte er die Opposition als das Produkt einer vom Ausland gesteuerten Verschwörung dar, die in eine nationale Katastrophe münden werde.

Auswärtiger Einfluß

Die Verbindungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Ausland, insbesondere die Tätigkeit der Soros-Stiftung, die seit 1993 ein Netz lokaler OSI-Filialen im GUS-Raum unterhält, waren Anlaß für Kommentatoren in Moskau und anderen Hauptstädten der Region, »demokratische Regimewechsel« als vom Ausland lanciert darzustellen. Der Unterschied zwischen der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen durch international tätige Stiftungen und Organisationen und der direkten Einmischung zugunsten eines Regimewechsels wurde dabei zum Teil mutwillig verwischt. Als direkte Einflußnahme in Georgien faßten die Kommentatoren zum Beispiel Äußerungen des US-Botschafters Richard Miles auf, in denen sie eine Ermun-

terung der Opposition sahen. Miles war vor seinem Einsatz in Georgien in leitender Position in Serbien gewesen. Ihm wurden dort enge Verbindungen zur Opposition gegen Milosevic nachgesagt. Die USA bezichtigten am 20. November 2003 erstmals einen postsowjetischen Staat öffentlich der Wahlmanipulation und ließen damit das Schewardnadse-Regime fallen. Auch in Kirgistan wurden Stellungnahmen des US-Botschafters Stephen Young, in denen dieser Präsident Akajew ermahnt hatte, seine verfassungsgemäß 2005 auslaufende Amtszeit nicht zu verlängern, als westliche Einmischung in die Innenpolitik des Landes interpretiert.

Die Einflußnahme, die vor allem der Soros-Stiftung zugeschrieben wird, ist längerfristig und vielschichtig. Sie zielt vor allem auf die Bereitstellung von Information über Wahlen und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Jugend- und Studentenorganisationen wie Kmara (Es reicht!) oder Pora (Es wird Zeit!) gehörten zu den von außen geförderten Hauptakteuren bei der Anfechtung von Wahlfälschungen in Georgien und in der Ukraine. Sie haben ihr Vorbild in der serbischen Studentenbewegung Otpor. In Kirgistan bildeten sich Jugendbewegungen wie Kel-Kel, die Verbindungen zu ihren georgischen und ukrainischen Pendants unterhielten.

Bei den westlichen Reaktionen auf Herrschaftswchsel im GUS-Raum war bisher allerdings kein einheitliches Schema zu erkennen. Im Herbst 2003 unterstützte das westliche Ausland den Machtwechsel in Georgien; gegenüber der dynastischen Herrschaftsübertragung innerhalb der Alijew-Familie in Aserbaidshan, die sich vor dem Hintergrund gefälschter Wahlergebnisse vollzog, hielt sich der Westen mit Kritik zurück. In Anbetracht dessen könnten die Machteliten der GUS zu der Überzeugung gelangt sein, daß sich der Westen nur dann für einen Regimewechsel einsetzt, wenn eine kohärente, organisations- und artikulationsfähige Opposition vorhanden, eine breite gesellschaftliche Unterstützung für sie erkennbar und das angefochtene Re-

gime unübersehbar hinfällig ist. In Aserbaidtschan, so könnte man daraus ableitend schließen, war die oppositionelle Alternative zur vermeintlichen »Stabilität unter Alijew« es offenbar nicht wert, von außen unterstützt zu werden. Ein aserbaidtschanischer Kommentator (Ali Abasow) faßte die Konsequenzen dieser Überlegungen des Westens in die folgenden Worte: »Die Anerkennung der Ergebnisse der aserbaidtschanischen Präsidentschaftswahlen durch den Westen erleichterte es der Regierung, die gesamte systemkritische Opposition des Landes zu zerschlagen.« Auch in Armenien beschwerten sich Oppositionelle immer häufiger über eine in ihren Augen inkonsequente Reaktion des »Westens« (vor allem der EU) auf antidemokratische Maßnahmen ihrer Regierung. Und auch im Falle Kirgistan hatte der Westen die vermeintliche Reformpolitik Akajews noch gestützt, als diese im eigenen Land schon längst als reine Rhetorik angesehen wurde.

»Geopolitisierung« innenpolitischer Entwicklungen

Nach den Ereignissen in Georgien und der Ukraine sahen Kommentatoren in der GUS eine neue Etappe politischer Transformation im postsowjetischen Eurasien voraus, eine neue Periode qualitativer Veränderungen sowohl im Inneren der Staaten als auch in ihren Beziehungen untereinander. Einige sahen zwei Lager in der GUS entstehen, das der »revolutionären Westler« und das der sich an Rußland anlehenden »konservativ Bodenständigen«. Würde sich dies bewahrheiten, so wären eine Reihe von regionalen Organisationen im postsowjetischen Eurasien davon berührt. Von einer Kursänderung in der Außenpolitik Kirgistan wären zum Beispiel regionale Institutionen wie die *Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit*, die *Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags*, die *Organisation für Zusammenarbeit in Zentralasien* und der *Eurasische Wirtschaftsraum* betroffen. In allen diesen sich überlappenden wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperationsformaten ist

Kirgistan Mitglied. Mit dem Machtwechsel in der Ukraine wurde bereits eine von Rußland besonders geförderte Regionalstruktur, der *Einheitliche Wirtschaftsraum*, an dem Rußland, Kasachstan, Ukraine und Belarus teilnehmen, in Frage gestellt. Bislang hat die Interimsführung in Kirgistan allerdings Kontinuität in der Außenpolitik signalisiert. Die neue Außenministerin Rosa Otunbajewa verfügt zwar als ehemalige Botschafterin in Washington und London und als UN-Vertreterin in Georgien (während der »Rosenrevolution«) über diplomatische Kontakte zum Westen und wird diese weiterhin pflegen; ein einseitiger prowestlicher Kurs unter Abwendung von Rußland wird von der neuen Führung aber nicht erwartet.

Gleichwohl verstärkt sich in Rußland nach dem diplomatischen Debakel in der Ukraine und dem Umsturz in Kirgistan ein Gefühl der Desillusionierung, was die Einschätzung der eigenen Führungsrolle im GUS-Raum betrifft. Unter der Einwirkung Washingtons, so die Befürchtung im konservativen GUS-Lager, könnten neue Regionalstrukturen mit strikter Ausrichtung nach Westen entstehen oder zum Beispiel ein Konglomerat wie GUUAM (Akronym für Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidtschan, Moldova) erneuert werden, eine 1996 von Georgien und der Ukraine initiierte Gruppierung, die sich durch die Ablehnung russischer Hegemonialpolitik im postsowjetischen Raum und ihre sicherheitspolitische Orientierung nach Westen auszeichnete. Präsident Saakaschwili schwebt die Wiederbelebung dieses Formats unter neuen Vorzeichen vor: »Es wird zu einer Organisation neuer demokratischer Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion.« Freilich kann bei Aserbaidtschan oder Usbekistan, das aus dieser Gruppe wieder ausgesichert ist, von »neuen demokratischen Staaten« nicht die Rede sein. Selbst die demokratische Entwicklung Georgiens nach der »Rosenrevolution« wird von externen Beobachtern, westlichen Diplomaten in Tiflis, Menschenrechtsorganisationen und vom Europarat als noch längst nicht konsolidiert betrachtet.

Rußland als Status-quo-Macht

Rußland hat sich gegenüber den zentralasiatischen Machteliten besonders bemüht, deren Irritation über die »Rosenrevolutionen« für eine Stärkung seiner strategischen Position in der Region zu nutzen. So brachten zum Beispiel Putin und Nasarbajew im Januar 2005 einmütig ihr Unbehagen am »Export von Revolutionstechnologie« in den GUS-Raum zum Ausdruck. Vor dem Council on Foreign Relations in New York stellte der russische Verteidigungsminister klar: Für Moskau bilden russische Interessen in GUS-Staaten eine strategische Priorität. Deshalb werde Rußland »sehr scharf auf Revolutionsexport in GUS-Länder reagieren«. In Kommentaren zum Machtwechsel in der Ukraine stellte sich Rußland als Status-quo-Macht im postsowjetischen Raum dar. Einige Analysten vergleichen diese Haltung mit der Rolle des Zarenreichs in der Heiligen Allianz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damals trat Rußland als konservative Vormacht europäischer Monarchien gegen die »Revolutionsplage von 1848« auf.

Im Falle Kirgistans ging Rußland allerdings anders vor als im ukrainischen Wahlkampf. Bei einem Treffen mit seinem kirgisischen Amtskollegen schloß Außenminister Lawrow eine einseitige Parteinarbeit bei Wahlen in GUS-Ländern aus. Kurz vor dem Urnengang sprachen russische Offizielle mit kirgisischen Oppositionsführern. Angeblich wurde ihnen dabei versichert, daß die kirgisische Opposition keinen anti-russischen Kurs verfolge. Auch russische Analysten zogen Lehren aus dem diplomatischen Debakel in der Ukraine: Immer häufiger ist von ihnen zu hören, daß man im Umgang mit den Nachbarstaaten die ganze Gesellschaft und nicht nur die herrschende Machtelite im Auge behalten müsse.

Gegen die Status-quo-Allianz in der GUS bildet sich ein Gegenlager unter der Führung Georgiens, der Ukraine und Moldovas. Im März unterzeichneten die Präsidenten Georgiens und Moldovas in Chişinău zwei Deklarationen: eine über demokratische Werte, die andere über extern unterstützte Sezessionsregime, die als »schwarze Löcher

in Europa« bezeichnet wurden. Beide sind gegen Rußland in seiner Funktion als Anlehnungsmacht für autokratische Regime im GUS-Raum und als Unterstützer separatistischer Kräfte in Transnistrien, Abchasien und Südossetien gerichtet.

Die Verfechter des Status quo scharten sich vor allem in der Kritik an der OSZE um Rußland. Von Minsk bis Taschkent wächst die Frustration amtierender Machteliten über die OSZE-Wahlbeobachtung im GUS-Raum. Die GUS richtete 2003 eine eigene Wahlbeobachtungsorganisation ein, die nachfolgend noch die größten Wahlfarzen in der Region, wie zum Beispiel in Belarus, als »offen, frei, demokratisch und legitim« qualifizierte. Das russische Außenministerium wirft der OSZE vor, gegen den postsowjetischen Raum voreingenommen zu sein. Die Organisation beschränke sich bei ihrer Kritik an Demokratiedefiziten auf die Staaten dieser Region und vernachlässige mit ihrer Fixierung auf Demokratie und Menschenrechte Kernfunktionen im Bereich der Sicherheitspolitik.

Der Machtwechsel in Bischkek wurde in russischen Kommentaren allerdings nicht in dem Maße unter geopolitischen Aspekten bewertet wie die vorausgegangenen Ereignisse in Georgien und Ukraine. Der Direktor des GUS-Instituts, Konstantin Zatulin, stellte lapidar fest: »Hier gibt es keine antirussische Verschwörung«.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364